

ANFRAGE von Irène Meier (Grüne, Küsnacht) und Felix Müller (Grüne, Winterthur)

betreffend Kantonale Nutzungen auf Arealen der Firma Sulzer, Winterthur

Verschiedene Begebenheiten der letzten Jahre lassen darauf schliessen, dass sich der Regierungsrat der Firma Sulzer gegenüber verpflichtet hat. Als Beispiele solcher Begebenheiten seien folgende beiden erwähnt:

1) Die SABA in Oberwinterthur

Im Zusammenhang mit dem Sondermüllverbrennungssofen in Winterthur hat offenbar der Kanton Zürich bereits 1986 (ev. schon früher) der Firma Sulzer direkte Unterstützung geboten für die Errichtung einer solchen Anlage auf dem Areal in Oberwinterthur. Die Stadt Winterthur wurde erst informiert, nachdem zwischen Sulzer, Kanton und BUS (heute BUWAL) eine Abmachung getroffen wurde. Für das Vorprojekt - und in diesem Zusammenhang für das laufende Rechtsmittelverfahren - zeichnet zudem nicht ein privater Betreiber verantwortlich, sondern der Kanton Zürich. Dies erstaunt, weil die Behandlung von Sonderabfällen eigentliche Aufgabe der Verursacher selbst ist.

2) Die Standortfrage des neuen Sozialversicherungsgerichtes

Gemäss NZZ vom 22. März 94 hat der Regierungsrat beschlossen, dass das neu zu schaffende Sozialversicherungsgericht "in ein Industriegebäude an der Zürcherstrasse in Winterthur" (=Sulzerareal) einzuziehen habe, und das, obwohl die betroffenen Rechtspflegeinstanzen (ALV- und AHV-Rekurskommission, Versicherungsgericht) diesen Standort schon zuvor als ungeeignet deklarierten. Der Regierungsrat wollte unerklärlicherweise an diesem Standort festhalten, obwohl er dazu keine Kompetenz hat und später auch die neu gewählten Sozialversicherungsrichter/-innen nach einer Besichtigung das Sulzerareal als ungeeignet erachteten und entschieden, dort nicht einzuziehen. Es können somit nicht sachliche Gründe gewesen sein die den Regierungsrat dazu bewogen haben, unbesehen an diesem Standort festhalten zu wollen.

Dieser Einsatz von kantonalen Stellen zugunsten der Firma Sulzer kann kein Zufall sein.

Der Regierungsrat wird hiermit gebeten, seine Politik dieser Firma gegenüber transparent zu machen und kund zu tun,

- 1) weshalb und was für Verpflichtungen der Regierungsrat, einzelne seiner ehemaligen oder aktuellen Mitglieder oder Verwaltungsabteilungen der Firma Sulzer gegenüber eingegangen sind
- 2) weshalb sich die ganze Angelegenheit bloss auf informeller Ebene abspielte, obwohl die daraus resultierenden Entscheidungen von grosser Tragweite waren (bspw. Standort SABA)
- 3) weshalb der Kanton Zürich für ein Vorprojekt verantwortlich zeichnet (Sondermüllverbrennungssofen), das eigentlich von Privaten getragen werden müsste
- 4) ob und wann die Kosten für die bisherigen Aufwendungen für den Sondermüllsofen abgewälzt werden können

- 5) weshalb die zur Umnutzung frei werdenden Areale anderer Firmen und anderen Stadtgemeinden nicht mit gleicher Intensität gefördert werden wie offenbar jene von Sulzer in Winterthur
- 6) ob der Regierungsrat noch mit anderen Firmen vergleichbare informelle Vereinbarungen getroffen hat
- 7) ob der Regierungsrat bereit ist, künftig auf solche Vereinbarungen zu verzichten bzw. wenn schon, dann eine transparente Form von Wirtschaftsförderung und nicht eine Einzelfirmaförderung zu betreiben

Irène Meier

Felix Müller